



GÖTTINGER BLÄTTER

10.2013

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Bundestags- und Hessenwahl:

► Trendwende für DIE LINKE

Deutschland hat am 22.9. einen neuen Bundestag gewählt. Den Unionsparteien gelang mit 41,5% fast die absolute Mehrheit zu erreichen, dafür flog aber die FDP mit lediglich 4,8% erstmals aus dem Bundestag. Die Union ist also jetzt auf einen neuen Partner angewiesen. Dies wird aller Voraussicht nach die SPD sein, die nach ihrem historischen Tiefstand im Jahre 2009 von 23% lediglich 25,7% erreichte. Lange Gesichter gab es bei den Grünen, die nur 8,4% erreichten, obwohl im Frühjahr Umfragen noch das Doppelte vorausgesagt hatten.

Besorgniserregend muss es stimmen, dass eine rechtspopulistische Partei wie die neu gegründete so genannte „Alternative für Deutschland“ (vgl. Göttinger Blätter 9/2013) mit 4,7% fast die 5%-Hürde überwunden hätte und dabei auch Stimmen von den LINKEN gewonnen hat. Dieser Achtungserfolg lässt Schlimmes für die nächsten Wahlen befürchten, wenn sich diese Partei nicht selbst zerlegen sollte. Wenn man sich die Zusammensetzung der Partei und die Geschichte von Parteien des rechten Randes betrachtet, kann man diese

Hoffnung durchaus hegen. Es kann aber auch ganz anders kommen. In unseren Nachbarländern vor allem auch gerade in Österreich gehören Rechtsextremisten seit langem zur Parteienlandschaft.

Ähnlich wie bei der FDP dürften auch die mit lediglich 2,2 % völlig erfolglosen Piraten Probleme haben, ihre Mitgliedschaft bei der Stange zu halten.

Für DIE LINKE bedeuten die 8,6 Prozent nach einer Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen einen Erfolg. Immerhin ist sie jetzt drittstärkste Kraft und konnte das Ergebnis von 2005 wieder erreichen. In Westdeutschland ist sie wieder bei 5,3, im Osten mit 21,2 Prozent stärker als die SPD. Fast noch wichtiger ist, dass in Hessen jetzt zum dritten Mal der Einzug in den Landtag glückte und damit die Trendwende geschafft wurde.

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Großen Koalition wird jetzt entscheidend sein, inwieweit sich DIE LINKE (wieder) als soziale Kraft und Ansprechpartnerin der sozialen Bewegungen profilieren kann.

Was bedeutet das für Göttingen?

Vor allem das Debakel für die FDP wird den bereits bei der Kommunalwahl eingesetzten Niedergang der Partei verstärken. Warum sollen erfolgsverwöhnte Selbständige weiterhin Zeit in ein erfolgloses Projekt investieren? Ähnliches gilt für die Piraten, so dass auf Dauer in der Stadt Göttingen und in einem fusionierte Landkreis mit den jetzt vier Bundestagsparteien und im Kreis wahrscheinlich noch der Freien Wählergemeinschaft als Akteure zu rechnen ist. Schwer einzuschätzen ist die Zukunft der hier leicht unterdurchschnittlich abschneidenden AfD.

DIE LINKE: Lokale Ergebnisse

Ort	Bund 13	Bund 09	Bund 05	Land 13	Kreis 11	Rat 11	Europa 09
Bund	8,6	11,9	8,7				7,5
Niedersachsen	5,0	8,6	4,3	3,1	2,4		4,0
GÖ-OHA	6,2	8,8	5,0	3,8	3,4		4,7
Kreis GÖ	6,4	8,9	5,2	4,0	3,7		5,0
Göttingen	8,4	10,0	6,2	5,6	6,1	6,2	6,5
Bovenden	5,1	8,2	4,7	3,3	2,5		3,8
Dransfeld	4,8	7,3	4,5	2,7	2,8	2,3	3,8
Duderstadt	3,5	6,2	3,4	1,8	1,3		2,6
Hann. Münden	5,6	10,3	5,1	3,3	2,6	2,3	4,5
Rosdorf	5,8	8,3	4,5	3,5	3,7	3,4	4,3

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Bundestagswahl	1
VVN	2
FG Cuba: Chile Veranstaltung	3
Grobian	4
GÖLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
GÖLinke Ratsinfo	7
DKP	8
DIE LINKE im Europaparlament	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Verfassungsschutz	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2013
ist der 18. Oktober.
Auslieferung am 24. Oktober

Gegenüber der Bundestagswahl von 2005 konnten die Ergebnisse in der Stadt Göttingen und auf Kreisebene deutlich gesteigert werden. Auf Landkreis-Gemeindeebene gilt dies für Rosdorf, nicht aber für andere Gemeinden. Münden als Aktivitätszentrum weist allerdings die höchste Steigerung gegenüber dem Kreistagswahlergebnis aus.

Vor dem Hintergrund einer Großen Koalition und sich auflösender Piraten kann hier allerdings hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt werden. Entscheidend wird allerdings sein, inwieweit sozialer Protest und neue Mitglieder eingebunden werden können.

Schwierig erscheint dem Autor eine Einschätzung der Entwicklung von CDU, SPD und Grünen auf Kreisebene oder die Beantwortung der Frage, ob SPD und Grüne hier Mehrheitsparteien bleiben werden. Vieles spricht dafür, dass der CDU-Wahlerfolg auf Bundesebene einem reinen Merkfaktor geschuldet ist, der sich nicht bei anderen Wahlen auswirken wird.

E.F.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org

▶ Hände weg von Syrien! Stoppt die „Interventionspolitik“!

Der Bürgerkrieg in Syrien wurde in den vergangenen Monaten von außen immer weiter angeheizt, indem Terrorbanden systematisch von westlichen Imperialisten mit Waffen und Logistik versorgt sowie islamistische Söldner massenhaft ins Land geschleust wurden. Deutschland ist bereits seit langem aktiv im syrischen Bürgerkrieg involviert. So werden aus Deutschland beispielsweise – über den Mittelsmann Saudi-Arabien – Waffen und Ausrüstung an die „Aufständischen“ in Syrien geliefert. Vor der libanesischen Küste wird vom Spionageschiff „Oker“ der

Bundesmarine die Kommunikation der syrischen Armee und staatlicher Strukturen flächendeckend ausgehört, die dadurch gewonnenen Erkenntnisse werden an die „Freie Syrische Armee“ (FSA) weitergeleitet. Nachdem sich nun immer deutlicher abzeichnet, dass die FSA bewaffnet keinen Sieg erringen kann, werden insbesondere durch Frankreich und die USA die Pläne für einen militärischen Angriff von außen vorangetrieben. Gleichzeitig wird die Stimmungsmache für einen Militärschlag auch hierzulande medial verstärkt.

Anlässlich dieser zunehmenden Kriegsdrohung gegen Syrien und der Gefahr einer direkten oder indirekten Unterstützung des militärischen Überfalls durch Deutschland hat sich in Göttingen ein relativ breites Anti-Kriegs-Bündnis gebildet. An diesem nehmen derzeit ungefähr ein Dutzend Organisationen teil, u.a. Gewerkschaften, linke Parteien, Jugendorganisationen, Anti-Atom-Gruppen und antifaschistische Organisationen. Auch die VVN-BdA, die sich schon früh gegen Angriffspläne gestellt hat, ist Teil dieses Bündnisses. Neben der Mobilisierung zu einer Kundgebung am evtl. Tag X, also dem Beginn des militärischen Überfalls auf Syrien, sind auch eine oder mehrere öffentliche Veranstaltungen des Bündnisses zum Thema geplant. Nachfolgend veröffentlichen wir den aktuellen Aufruf des Bündnisses:

Bündnisaufruf: Kein Krieg gegen Syrien!

Seit dem Giftgasangriff in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus wird wieder öffentlich über die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Syrien debattiert. Der Giftgasangriff, dessen Urheberschaft weiter zweifelhaft ist, sei eine „rote Linie“, die überschritten worden sei. Dieses Überschreiten verlange „Konsequenzen“, wie die Bundeskanzlerin verlauten ließ, und auch die US-Regierung hält die Drohung weiterhin aufrecht. Hierzu soll eine „Koalition der Willigen“ gebildet werden.

Die Erfahrungen mit solchen Interventionen im Irak, in Afghanistan und Libyen zeigen, dass damit die Leiden der Bevölkerung nur verschlimmert und verlängert werden. Menschenrechte können nicht mit Bomben verteidigt werden - sie werden ohnehin nur als Vorwand benutzt! Die Interventionsdrohungen stoßen in der Bevölkerung überall – auch in Deutschland und in den USA selbst - mehrheitlich auf Ablehnung. Die Kriegsfront bröckelt: Erst hat das britische Parlament seine Kriegszustimmung verweigert, dann hat das Angebot der syrischen Regierung, die Chemiewaffen internationaler Kontrolle zu unterstellen, die Interventionsdrohung der US-Regierung noch weiter isoliert. Trotzdem ist ein Militärschlag nicht endgültig abgewendet. Das Morden gegen die Zivilbevölkerung geht weiter – auch mit Waffen aus deutscher Produktion.

Deshalb ist Widerstand notwendig!

Wir, verschiedene Kräfte aus den Gewerkschaften, linke, antimilitaristische und pazifistische Parteien und Gruppierungen, rufen die Göttinger Bevölkerung auf, sich für die folgenden Forderungen einzusetzen:

1. Gegen jede Form der militärischen Intervention in Syrien
2. Keine Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg - weder aktiv durch Kriegshandlungen, noch durch Waffenlieferungen, logistische Unterstützung oder Lieferung von Spionagedaten
3. Deutschland hat die humanitäre Pflicht, alle syrischen Flüchtlingen, die in der BRD Zuflucht suchen, aufzunehmen

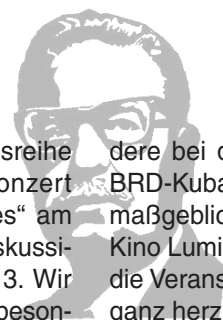
Wir rufen zu einer gemeinsamen Protestkundgebung am Tag X, dem Tag einer militärischen Intervention in Syrien, auf - um 18:00 Uhr am Gänseliesel.

▶ Salvador Allende – presente!

Die VVN-BdA Göttingen sowie die Landesvereinigung der VVN-BdA Niedersachsen haben sich am Göttinger Bündnis zum Gedenken an den 40. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile beteiligt. Absolute Highlights

der gemeinsamen Veranstaltungsreihe waren das fast ausverkaufte Konzert mit der Musikgruppe „musikandes“ am 08.09.2013 sowie die Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen am 11.09.2013. Wir möchten uns auf diesem Wege insbeson-

dere bei der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die die Veranstaltungsreihe maßgeblich konzipiert hat, sowie beim Kino Lumiere, in dessen Räumlichkeiten die Veranstaltungen stattfinden konnten, ganz herzlich bedanken.



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 08. Oktober 2013

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt

Berlin: Kubas Botschafter kehrt in seine Heimat zurück

► Schichtwechsel

Nach vier Jahren in Berlin kehrt Kubas Botschafter Raúl Becerra Egaña am Montag nach Hause zurück und freut sich darauf, nach einem wohlverdienten Urlaub wieder in seinen eigentlichen Arbeitsbereich, die Ökonomie, zurückkehren zu können. Als sein Nachfolger wird Anfang Oktober René Juan Mujica erwartet, der bislang in der für Nordamerika zuständigen Abteilung des kubanischen Außenministeriums tätig war. Er bringt viele Erfahrungen als Diplomat mit und vertrat sein Land bereits als Botschafter in Brüssel und in London und war zuvor auch viele Jahre bei der kubanischen Interessenvertretung in Washington tätig.

Becerra zog im Gespräch mit junge Welt eine positive Bilanz seiner Amtszeit. In den bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und Deutschland seien Fortschritte erreicht worden, wenn auch nicht so schnell, wie er sie sich zunächst erhofft habe. Kritisch kommentierte er das Verhalten der Bundesregierung bei den laufenden Verhandlungen zwischen der EU und Havanna über ein Kooperationsabkommen. Berlin verlange gegen die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten, daß in den Vertrag eine Klausel aufgenommen wird, derzufolge die EU bei Menschenrechtsverletzungen in Kuba das Abkommen aussetzen darf. »Eine solche Klausel gibt es in keinem anderen Vertrag, das wäre ein absolutes Novum«, kritisierte Becerra. Er hoffe aber darauf, daß in den weiteren Gesprächen eine akzeptable Lösung gefunden werde. Vielleicht korrigiere ja die aus den Wahlen am Sonntag hervorgehende Bundesregierung ihre Haltung in der Frage. »Die Zusammenarbeit ist für beide Seiten sinnvoll«, un-

terstrich der Botschafter, »es gibt keinen Grund, warum wir die Beziehungen nicht verbessern sollten«.

Sehr ausgeweitet habe sich bereits der akademische und Kulturaustausch zwischen beiden Ländern. Die kubanische Kultur sei in der Bundesrepublik sehr präsent, wenn auch vor allem auf kommerzieller Ebene. Umgekehrt bestehe auf der Insel auch ein sehr großes Interesse an Kunst und Musik aus Deutschland. So beteilige sich das Teatro Lírico Nacional in Havanna im November mit der Aufführung der Oper »Der fliegende Holländer« an den Veranstaltungen zum 200. Geburtstag des Komponisten Richard Wagner.

Auf die Frage, was er seinem Nachfolger mit auf den Weg geben werde, forderte Becerra vor allem Transparenz in allen Bereichen der Arbeit: »Wir haben nichts zu verbergen.« Nur so könne man beim Gegenüber Vertrauen und Verständnis erreichen. Dabei brauche man vor keiner politischen Kraft dieses Landes Angst zu haben, so kompliziert die Beziehungen auch sein mögen. In den vergangenen

Jahren seien nicht nur Linke, sondern auch Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und der FDP zu Gesprächen nach Havanna gereist. »Sie haben mit eigenen Augen gesehen, daß wir nicht so böse sind, wie sie dachten, und sind mit einer positiveren Einstellung zurückgekehrt«, so der scheidende Botschafter. Lediglich die Grünen hätten sich dem Dialog verweigert.

Mit Blick auf die verschiedenen linken Organisationen in Europa lobte Becerra deren Solidarität mit Kuba. Sie sei »beispielhaft«, zumal es in diesem Bereich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine große Einmütigkeit der verschiedenen Kräfte gebe. Ansonsten müsse man den Freunden manchmal »in aller Vorsicht« den Rat geben, gegenseitig bestehende Unterschiede zu respektieren. Das falle manchen schwer.

Von den Solidaritätsgruppen hatte sich Becerra bereits am 3. September im Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der Linkspartei, verabschiedet. Bei der vom Netzwerk Cuba organisierten Treffen bedankte sich der Botschafter für die Unterstützung im Kampf gegen die US-Blockade und im Kampf für die Freilassung der in den USA inhaftierten »Cuban Five« sowie bei der Verbreitung von Informationen über die kubanische Revolution.

JW/André Scheer

► Wieder Postverkehr USA–Kuba

Havanna. Die USA haben Kuba einen Vorschlag unterbreitet, um den direkten Postverkehr zwischen beiden Nachbarstaaten nach 50 Jahren Unterbrechung wieder zu ermöglichen. Die kubanische Seite habe versprochen, so schnell wie möglich zu antworten, teilte am Dienstag

die US-Interessenvertretung in Havanna mit. Vertreter beider Länder hatten am Vortag in Kubas Hauptstadt entsprechende Verhandlungen fortgesetzt. Die Gespräche waren im Juni in Washington aufgenommen worden.

jw

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Stadtfest 14. September: Ein tolles Fest!

Nun war es zwar nicht das 21. Internationale Straßenfest sondern ein ‚Stadtfest‘, weil sich das Nachbarschafts-Zentrum dieser Idee entgegenstellte, nichts desto Trotz war es ein Fest, bei dem die aus den letzten Jahren gewohnten rd. 300 Menschen aus dem Stadtteil teilnahmen.

Im Vorfeld hatte es allerdings doch etliche - nennen wir es – ‚Huddeleien‘, Kompetenzgerangel und Versuche der Ausgrenzung gegeben: Zunächst „durften“ die Grobiane - so die Leiterin des Nachbarschafts-Zentrums - keinen Büchertisch aufstellen, weil dies „politisch“ sei. Dann sollten sie auf den Grill verzichten, weil das NBZ diesen „übernommen“ habe, und sich etwas anderes einfallen lassen.

Aber: Ende gut, (fast) alles gut: Die Grobiane kamen mit ihrem traditionellen roten Zelt, antifaschistischem Büchertisch und - unterstützt von BesucherInnen des Deutsch-Türkischen Vereins, der bekanntermaßen am Jonaplatz sein Zuhause hat – mit einem Grill, bei dem es neben den „deutschen“ Bratwürstchen selbst-



verständlich Geflügelwürstchen, Sucuk, Qebabcici und Frikadellen (alles halal, versteht sich) gab. Ein Stand, der sich eines regen Zulaufs erfreute.

Den finanziellen Überschuss werden die Grobiane an das NBZ spenden, um entstandene Kosten mitzutragen.

Am Büchertisch waren diesmal auch Informationen über die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu haben. Ein Projekt, dem sich die Erich Kästner Schule bereits vor einigen Jahren angeschlossen hatte. Hierzu gab es dann

auch etliche Gespräche mit interessierten Jugendlichen und Erwachsenen.

Aber die Grobiane waren natürlich nicht der Mittelpunkt des Geschehens am 14.9. (auch wenn der Grillstand gute besucht war): Im Mittelpunkt stand vor allem das recht vielfältige Kulturprogramm mit Gesangsverein, Kindertanzvorführungen, Rappern u.v.m. Vielleicht war es bei den Auftritten auf der Bühne etwas verwirrend, dass die Musik eben nicht von dort, sondern vom NBZ (also von hinten) herüberschallte. Doch das tat dem Interesse der BesucherInnen keinen Abbruch.



Und im Mittelpunkt standen natürlich die Stände und Mitmachangebote Groner Einrichtungen und Vereine, dem Förderverein der Erich Kästner Schule, dem Internationalen Bund, dem Verein IN Grone u.v.a. Und nicht zu vergessen das Kaffee Krone des NBZ.

Das Ergebnis: Ungefähr so hatten sich die Grobiane das 21. Internationale Straßenfest vorgestellt, als sie im Juni am Runden Tisch Grone um Hilfe und Unterstützung bei der Ausrichtung eines 21. Internationalen Straßenfestes baten. Und sie können sich vorstellen, sich in folgenden Jahren wieder zu beteiligen und auch mehr zu einem Bühnenprogramm beizufügen, wenn die anfänglichen Querelen und Abgrenzungen vermieden werden können.

(gusi)

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Gäste beim kommunalpolitischen Arbeitskreis

Beim kompolaK im August, der sich mit der Wohnungssituation in Göttingen beschäftigte, waren hochrangige Referenten zu Gast: Rolf Georg Köhler, Geschäftsführer der städt. Wohnungsbau GMBH und Prof. Dr. Jörg Magull, Geschäftsführer des Studentenwerks. Beide Gesellschaften zusammen bieten in Göttingen knapp 10.000 Wohneinheiten zur Miete an.

Thema war, wie hätte es anders sein können, die Wohnungssituation im „unteren Preissegment, was soviel heißt wie: Bezahlbarer Wohnraum! Und hierzu wurden die beiden Gäste befragt: Wie ist die Situation? Was trägt das GEWOS-Gutachten des Landkreises aus? Wie kann die Situation mittel- und langfristig entschärft werden? Und: Passen die Bau-Aktionen wie der Windausweg mit seinen „hochpreisigen“ (sprich: teuren) Wohnungen da ins Bild?

Beide Gäste bestätigten den zur Zeit wohl eher desolaten Zustand des Wohnungsmarktes bei bezahlbarem Wohnraum: Nicht nur Hartz IV – BezieherInnen, sondern auch Menschen mit niedrigem Einkommen und vor allem StudentInnen drängeln sich auf diesem Markt. Dazu kommt, dass inzwischen 90 % aller neuen StudentInnen zum Wintersemester anfangen zu studieren, so dass im Herbst die Nachfrage jeweils am höchsten ist. Eine weitere Verschärfung ist durch den Zuzug von Kriegsflüchtlingen zu erwarten.

Gleichzeitig gibt es seit rd. 20 Jahren keinen sozialen Wohnungsbau mehr, so dass heute in Göttingen gerade noch 2.300 Wohnungen mit öffentlicher Bindung gibt. Bis 2023 werden die wohl nur noch rd. 900 sein, wenn hier nicht massiv gegengesteuert wird.



Obwohl z.Zt. nur rd. 20 % der B-Schein-Berechtigten heute eine geförderte Wohnung beziehen können, weil mehr nicht zur Verfügung stehen, ist ein Verzicht auf die B-Scheine nicht möglich, weil sie einfach benötigt werden, so Köhler. Sozialer Wohnungsbau muss wieder reaktiviert werden.

Gerade weil die Baukosten in den letzten sieben Jahren um rd. 45 % gestiegen sind, können durch Neubau ohne öffentlichen Zuschüsse keine niedrigpreisigen Wohnungen mehr erstellt werden. Hier wären z.B. Grundstücksausweisungen mit öffentlicher Bindung hilfreich.

Das GEWOS-Gutachten wurde von beiden Gästen übereinstimmend abgelehnt; Herr Köhler machte deutlich, dass die Stadt nicht genügend Wohnungen entsprechend der angegebenen Obergrenzen anbieten könne. Dazu reiche die Anzahl der entsprechenden Wohnungen nicht aus. Zentraler Fehler im Gutachten seien die willkürlich gewählten Wohnortgrenzen, der durchschnittliche Mietpreis zu niedrig; Zahlenangaben zu alt; Probleme werden im Gutachten nicht abgebildet. Gleichzeitig verlöre der Landkreis rd 90% der diesbezüglichen Prozesse. „Hier iss was schief im System – nicht logisch, nicht plausibel, nicht nachvollziehbar“.

Prof. Dr. Magull machte für das Studentenwerk deutlich, dass sie zwar keinen Verkauf von studentenwerkseigenen Wohnungen planen, allerdings auch nicht mehr eigenständig bauen können, da die Grundstückspreise derartig angestiegen sind, dass die dabei herauskommenden Mieten für nicht-begüterte StudentInnen nicht mehr bezahlbar sind.

Schon jetzt lassen die notwendigen Sanierungen der älteren Häuser die

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de
SprecherInnenkreis:
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Gerd Nier,
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Patrick Humke
Civar Akad

Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

Den Termin für Oktober bitte bei Gunnar Siebecke erfragen.

Preise für eine „Studentenbude“ von 160 auf 260 Euro steigen. Z.Zt. sind hier 4,5 Mio Euro Investitionen geplant, die zu erwartende Sanierungslast in den kommenden 10 Jahren beträgt aber rd. 50 Mill. Euro. Eine Förderung vom Land wäre jedoch dringend notwendig und wird auch gefordert.

Es folgte noch ein äußerst informativer und interessanter Diskurs zu allgemeinen Fragen der Notwendigkeit von Gebäude- und Umfeldsanierung, der hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden kann.

Deutlich wurde an dem Abend, dass es trotz der Notwendigkeit, betriebswirtschaftlich zu arbeiten, Möglichkeiten gibt, jenseits von Gewinnstreben zu denken und zu handeln.

(gusi)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Im Oktober findet keine Kreismitgliederversammlung statt.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 7. Oktober 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum

Neben der Nachbesprechung der Bundestagswahl und des Wahlkampfes ist auch zu besprechen, wann die regelmäßigen Ortsmitgliederversammlungen im nächsten halben Jahr stattfinden sollen.

OV Hann. Münden Hauptversammlung

Den Termin für Oktober bitte bei Kirsten und Olaf Klein erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

erfragen bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a in Dransfeld; Tel.05502/4798034

OV Adelebsen-Bovenden

Bitte erfragen bei Oliver Preuss (s. Kontaktleiste)

Ortverband Rosdorf Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Azad Onal erfragen, Tel. 0172-5661546

Treffen der Linksjugend solid:

Mittwoch, 9. Oktober 2013, 18 Uhr im Roten Zentrum

Mittwoch, 23. Oktober 2013, 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

Treffen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Montag, 28. Oktober, 19 Uhr im Roten Zentrum

Thema: Weitere Arbeit und Planung für 2014

LINKE als kritische Opposition bestätigt

Das Abschneiden der LINKEN im Bund, wo wir drittstärkste Kraft geworden sind, nehmen wir mit Freude zur Kenntnis.

Wir Göttinger haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass wieder eine starke LINKE Bundestagsfraktion ihre Rolle als kritische Opposition wahrnehmen kann.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen, ebenso den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren unermüdlichen Wahlkampfeinsatz.

Für den Bund sind wir gespannt, wie sich SPD und Grüne verhalten werden im Ringen um eine Mehrheit für Merkel.

Für die hessischen Genossinnen und Genossen freuen wir uns für ihren erneuten Einzug in das Landesparlament. Hier wäre eine rechnerische linke Mehrheit eindeutig möglich. Auch hier sind wir gespannt, wie sich SPD und Grüne entscheiden werden.

Wir werden auch weiterhin auf allen Ebenen unsere Rolle als Sprachrohr für die Menschen ohne Lobby wahrnehmen.

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:

webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solid@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS

Florian Gruhl,

E-Mail: florian.gruhl@wpl

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de

oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,

Tel. 05 51-5 31 15 63,

patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,

Festnetz: 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de oder

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial In der vergangenen Ratssitzung spielte die Verfolgung Edward Snowdens eine wesentliche Rolle, ebenso die ‚versehentliche‘ Installation vor Tropenholzbänken in der Innenstadt, gekürzte Mittel zur Wiedereingliederung von Langzeiterwerbslosen, das Weender Freibad und verbesserter Hochwasserschutz für Göttingen. Reichlich Themen für Diskussionen. Die gesamte Tagesordnung gibt es unter www.goettingen.de

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

TOP 10 Antrag der GöLi-Ratsfraktion „ Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Edward Snowden – für die Wahrung der informationellen Freiheit“

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Göttingen verleiht dem US-Amerikanischen NSA-‚Whistleblower‘ (auf Deutsch Enthüller, Skandal aufdecker, Hinweisgeber) wegen seiner großen Verdienste um die Aufdeckung des Ausspähens der elektronischen Privatsphäre auch der Bürgerinnen und Bürger Göttingens das Ehrenbürgerrecht gemäß § 1 der ‚Grundsätze über die Verleihung von Ehrungen durch die Stadt Göttingen‘ vom 06. Dezember 1985.
2. Der Rat der Stadt Göttingen spricht sich gegen die illegale Überwachung und Datensammelei durch deutsche, ausländische Geheimdienste und Datensammler aus.
3. Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Bundes- und Landesregierung auf, sich für die Aufnahme und gegen die Verfolgung und Auslieferung Snowdens einzusetzen.
4. Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Bundesregierung auf, sich bei der US-Administration für die Wahrung der Rechte Edward Snowdens einzusetzen

Auszüge aus der Rede von Gerd: „...über 80 Botschaften, die Räume der EU in New York, die UN und andere Organisationen wurden nach bisherigen Erkenntnissen völkerrechtswidrig im Namen der US-Administration von der NSA ausspioniert, bespitzelt, abgeschöpft. Abermillionen von privaten E-Mails und Telefonaten wurden und werden europa- und vermutlich weltweit gesammelt, ausgewertet und gespeichert.... All diese Informationen verdanken wir in weiten Teilen den Offenlegungen von Edward Snowden. Der nicht mehr bereit war, Rechtsbrüche und völkerrechtswidriges Verhalten weiter zu decken. Und wie das leider häufiger so ist, wenn sich Menschen gegen staatliches Unrecht wehren bzw. diese publik machen, so wird auch Edward Snowden, kriminalisiert, verfolgt und mit härtesten Strafandrohungen belegt. Dabei hat Edward Snowden aus seiner demokratischen Grundhaltung heraus vielen Staaten, Organisationen und Abermillionen von Menschen weltweit und somit auch in Göttingen einen großen Dienst erwiesen.“

Leider wurde wieder einmal von den anderen Fraktionen (außer Piraten) auf Formalitäten verwiesen, die Snowden nicht erfülle. Patrick Humke fragte dann noch einmal nach, ob denn der Rat der Stadt Göttingen nicht souverän genug sei, eine solche Ehrenbürgerschaft zu vergeben, aber der ‚Amtsschimmel‘ ließ sich nicht erweichen und so wurde unser Punkt eins gegen unsere und die Stimmen der Piraten abgelehnt. Angenommen wurde dann der geänderte Antrag der Grünen.

TOP 12 Antrag GöLi-Ratsfraktion, Regenwaldschutz - Verspielte Glaubwürdigkeit zurückgewinnen' Der Rat möge beschließen:

Bei der Möblierung der Fußgängerzone kein Tropenholz zu verwenden.

Bereits verwendetes Tropenholz gegen Holz ‚der kurzen Wege‘ auszutauschen.

Sich künftig uneingeschränkt an den diesbezüglichen Ratsbeschluss vom 15. März 1988 zu halten.

Eine Antragsempfehlung an die Unesco zu stellen, die primären tropischen Regenwälder als Weltnatur- und Weltkulturerbe anzuerkennen.

Ratsherr Patrick Humke verwies in seiner Rede darauf, dass es Versäumnisse seitens der Verwaltung und des Rates gab, nur so sei es zu erklären, dass trotz zweier anders lautender Ratsbeschlüsse, Bänke aus Tropenholz aufgestellt wurden. Dies könne passieren und sowohl Rat als auch Verwaltung sollten den aufmerksamen Bürger/innen für den Hinweis dankbar sein.

Die anderen Fraktionen stimmten zumindest insofern mit uns überein, dass die Verwaltung sich an getroffene Ratsbeschlüsse zu halten haben. Dr. Scherer von der CDU sagte das Nichteinhalten von Ratsbeschlüssen sei Ignoranz, Nichtwissen oder gar Desinteresse. Von einer Entfernung der bereits aufgestellten Tropenholzbänke wollten die anderen Fraktionen jedoch nichts wissen, schließlich kommt dann ja wieder der ökonomische Gedanke ins Spiel. Bis auf den abgelehnten Pkt. 4 wurde der Antrag in die Ausschüsse verwiesen.

Zum Schluss: Antrag der Grünen (Hochwasserschutz) Gerd Nier mahnte im Zusammenhang mit dem notwendigen Hochwasserschutz, die Ursachen für den Klimawandel nicht aus den Augen zu verlieren. Was Herrn Scherer (CDU) veranlasste uns vorzuwerfen wir trügen den „Popanz“ Klimawandel wie eine „ Monstranz“ vor uns her. Da hat es jemand immer noch nicht verstanden, oder?

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Fortschritt

Der Mann kommt aus Belfast, geboren und aufgewachsen zwischen den Fabrikschloten der einst größten Spinnereien und Webereien Europas und den gigantischen Kränen am Hafen. Von dort wurden die Leinenballen in die ganze Welt verschifft. Die Geschichten, die ihm seine Mutter erzählte, handelten von den „Millies“, die die Webstühle beaufsichtigten, den „Duffing girls“, die die Schiffchen befüllten, den „Reelers“, die Berge von Garn auf Spulen wickelten. In den Liedern, die sie ihm sang, hatten die Mädchen flachsene Haare, die Männer waren in nobles Tuch gekleidet.

Jetzt geht er durch eine enge Straße im Getto von Denpasar auf Bali. Er trägt heute Leinen, es fühlt sich kühl an, angenehm bei der schwülen Hitze. Seine Arbeit hat, wie die seiner Mutter und seines Vaters, mit Textilien zu tun. Diese werden heute in die Gegenrichtung verschifft, ihre Herstellung sichert Arbeitsplätze im armen Bali und sie machen die Menschen im reichen London, in Belfast und in Paris glücklich. Er ist zufrieden mit seiner Aufgabe – Frauen werden diesmal die Kunden sein, der Chefeinkäufer für eine britische Textilkette ist dabei, Damenunterwäsche zu erwerben. Wie auf den Märkten in der guten alten Zeit, kommt es ihm in den Kopf. Ein prüfender Blick des Kenners, ein Handschlag – so werden echte Deals gemacht.

Frei ist er in seinen Entscheidungen, kein Vorarbeiter, keine Fabriksirene, die den Lebensrhythmus diktieren. Es gibt nur eine Vorgabe seitens der Firma: Nicht mehr als zehn Pence darf ein Stück der besten Qualität kosten – kein Problem bei dem großen Angebot direkt von den Erzeugern. Kann er günstiger kaufen, so geht die Differenz auf sein Konto – zusätzlich zum Gehalt und steuerfrei. Das ist sehr notwendig im Moment, zwei Töchter hat er, und die sollen schließlich eine gute Ausbildung erhalten. Oxford ist angedacht.

Vier Töchter hat der erste Anbieter, der ihn in die Hütte aus Wellblech bittet. „Unsere Jüngste ist elf und schon eine sehr gute Näherin. Zeig dem Gentleman, was du kannst, Shari.“

Das schmächtige Mädchen rückt den Hocker näher an die Nähmaschine, versucht, etwas mehr Licht von der Glühbirne in der Mitte des Raums zu erhaschen. Ihre kleinen Finger legen die Spitze auf das winzige Dreieck aus Polyester-Stoff, - rrrr -in weniger als 10 Sekunden ist eine Naht fertig.

„Gutes Arbeitstier, die alte Singer, echte britische Wertarbeit war das noch.“

„Ja, sie lief früher in der Hemdenfabrik von Tillie & Henderson in Ihrem Heimatland. Wir konnten sechs Stück günstig erwerben. Dadurch sind wir in der Lage, die von Ihnen gewünschten Höschen für 9,5 Pence pro Stück herzustellen. Benötigen Sie wieder 10 000?“

„Ja, mindestens, aber warten Sie noch etwas, ich muss noch zwei weitere Anbieter besuchen.“ Um den nächsten Näher zu finden, muss er lediglich dem Verlängerungskabel folgen, das auf dem Gehweg liegt, der Abzweig geht nach links in einen Holzschuppen.

„Herzlich willkommen Meister, wir arbeiten jetzt zu acht hier, deshalb sind wir schneller als alle anderen im Viertel. Meine Töchter haben schon mehrere tausend Teile vorgeschnitten. Gersha geht jetzt nicht mehr in die Schule, sie arbeitet den ganzen Tag bei mir.“

„Was können Sie mir anbieten?“
„9 Pence pro Stück sind möglich, das ist 1 Penny weniger, als beim letzten Auftrag.“

„Das muss auch sein, die Wirtschaftslage bei uns auf den britischen Inseln ist sehr schlecht. Gedulden Sie sich noch kurz, ich habe einen weiteren Anbieter zu besuchen.“

Er macht sich gerade auf, dem Kabel auf dem Bürgersteig weiter zu folgen, da kommt die zwölfjährige Gersha aus dem Schuppen gelaufen. „Meister, warten Sie! Mein Vater sagt, wir können auch für 8,5 Pence pro Stück produzieren. Wir brauchen das Geld dringend, meine kleine Schwester ist schwer krank und muss Medizin bekommen!“

Er streicht dem zerbrechlichen Mädchen über das glänzende schwarze Haar. „Na ja, 8,5 Pence, das ist schon ein Fortschritt. Ich habe auch zwei Töchter und weiß, wie das ist. Sag deinem Vater, wir kaufen bei euch. Wir müssen aber in einer Woche verschiffen – und achtet auf gute

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 01. Oktober, 20.00 Uhr

Auswertung Bundestagswahl
OB - Wahlen im Mai 2014

Dienstag, 15. Oktober, 20.00 Uhr

Was ist los in der DKP?
Artikel aus UZ v. 13.9.2013

Dienstag, 29. Oktober, 20.00 Uhr

Arbeitsplandiskussion

Qualität. Die Menschen in London und Belfast sind sehr wählerisch, dort wurden früher viele edle Textilien hergestellt. Eure Höschen müssen die Besten sein, sie werden mit einem goldenen Label versehen und heißen dort ‚designer-underwear‘.“

Vor seiner Rückreise am nächsten Morgen nimmt er sich fest vor, beim Zwischenstopp in London noch schnell Geschenke für Frau und Töchter einzukaufen. Die beiden Mädchen haben ja kein leichtes Leben, denkt er sich, bei dem Vater, der ewig in der Welt umherreist.

„Bodenpersonal im Flughafen Heathrow ab heute im Streik – zahlreiche Flüge storniert!“ lautet die Überschrift auf der kostenlosen Zeitung im Flieger.

Kein Wunder, dass es in Europa keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben kann – alle wollen immer mehr verdienen. Er will etwas schlafen, vorher multipliziert er noch die Differenz zwischen 10 und 8,5 mal 10 000 – nur so im Kopf.

Der Mann in dieser Geschichte ist nicht frei erfunden. Er nahm sich nach 10 Jahren der beschriebenen Tätigkeit das Leben. Die Firmenleitung hält einen Zusammenhang zwischen seiner Arbeit und seinem Freitod für ausgeschlossen. Ein Nachfolger wurde sofort gefunden. Dieser arbeitet erfolgreich und ist stets auf den Fortschritt des Unternehmens bedacht. Er hat zwei Töchter. (Hermann Glaser-Baur)

Aus: UZ v. 13.9.13

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

▶ Sackgasse Militarismus

Die vergangenen Jahre haben mehr als deutlich gezeigt, dass die Militarisierungs- und Kriegspolitik der westlichen Staaten verheerende Folgen hat. Insbesondere auch von den EU-Ländern wird daraus jedoch nicht der Schluss gezogen, endlich Abstand von einer militärischen Machtpolitik zu nehmen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Scheitert man mit einer bestimmten Strategie militärischer Einflussnahme, wird sofort ein neuer, noch abenteuerlicherer Versuch gestartet, um auch künftig die eigenen Interessen gewaltsam durchsetzen zu können.

Hierzu nur einige Beispiele:

Zu nennen ist zuvorderst das vollkommene Scheitern der Kriege im Irak und in Afghanistan, bei denen versucht wurde, mit teils weit über 100.000 Bodentruppen die Länder unter Kontrolle zu bringen. Heute ist die Infrastruktur in diesen Ländern weitgehend zerstört und mörderische Gewalt ist ein ständiger Begleiter des Alltags der Menschen. Aus dem Scheitern dieser Strategie wurde jedoch nicht die Schlussfolgerung gezogen dem Krieg eine strikte Absage zu erteilen, sondern die Losung lautet nun, es müssten andere Kriege geführt werden.

In jüngster Zeit gewinnen deshalb indirekte Interventionsformen, die politisch und finanziell weniger riskant sind, an Bedeutung. Dazu gehört etwa die Aufrüstung vermeintlich befreundeter Regime oder Aufständischer, wie wir es derzeit zum Beispiel in Syrien mit katastrophalen Folgen beobachten können. Das wird dann „Krieg niedriger Intensität“ genannt. Dabei muss allerdings die Frage erlaubt sein, für wen die Intensität niedrig ist. Die Leidtragenden sind - wie so häufig - die Menschen in den betroffenen Ländern, in denen diese Strategie praktiziert wird.

Ein weiteres Beispiel „indirekter Kriegsführung“ sind die zunehmenden Drohnenangriffe: Auch mit ihnen will man „militärisch handlungsfähig“ bleiben, wie es so schön heißt. Aus der Luft, ohne Risiko für die eigenen Soldaten, werden vermeintliche oder tatsächliche Feinde eliminiert. Dabei werden massive Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf genommen. Denn die beobachtbare Praxis zeigt, dass hier Tötungen nach dem Gießkannenprinzip durchgeführt werden. Die Angst der Menschen z.B. im Jemen zerstört nahezu jedes gesellschaftliche Leben. Kinder werden nicht

mehr in die Schule geschickt, Hochzeitsfeiern finden nicht mehr statt und Männer gehen nicht mehr ins Café, denn jegliche Menschensammungen werden als verdächtig gemeldet und können zu Angriffszielen werden.

Apropos Drohnen: Auch aus dem Debakel um den „Euro Hawk“, der vom US-Rüstungsgiganten Northrop Grumman in den Sand gesetzt wurde, wird eine Konse-

quenz nach dem gleichem Muster gezogen: Statt überhaupt keine Drohne anzuschaffen, will man nun eine eigene europäische Drohne bauen, die vom EU-Rüstungskonzern EADS entwickelt werden soll.

Ein ganz ähnliches Vorgehen können wir auch im Zusammenhang mit dem NSA-Abhörskandal beobachten: Anstatt die gesamten Geheimdienste grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nun in Brüssel argumentiert, man benötige einen eigenen EU-Geheimdienst, um in der Welt der Schlapphüte auf Augenhöhe mit den USA und anderen Staaten agieren zu können.

Ein letzter Punkt, der in diesem Zusammenhang angeführt werden muss, ist der Umgang mit der Eurokrise. Die vor allem von Deutschland forcierte fatale Wirtschaftspolitik stürzt zahlreiche Länder und vor allem die dort lebenden Menschen in bitterste Armut. Auch hier heißt die Parole schlicht: „Weiter so!“ Dadurch wird die weitere Verarmung der Menschen in Europa billigend in Kauf genommen, ja bewusst herbeigeführt.

Gleichzeitig hat die Europäische Union damit begonnen, die Möglichkeiten für Militäreinsätze im Inneren zur Unterdrückung von Sozialprotesten zu schaffen. Über die „Solidaritätsklausel“ des Vertrags von Lissabon, die die Tür für Militäreinsätze im Innern sperrangelweit aufstößt, wurde an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet.

Dies verdeutlicht zwei Dinge: Je unsozialer die Politik wird, desto mehr steigt der Bedarf nach militärischer Absicherung der herrschenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse. Und umgekehrt zeigt dies auch, dass nur eine sozial gerechte Welt eine friedliche Welt sein kann und dass die Kämpfe um Gerechtigkeit und Frieden untrennbar zusammengehören.

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr



DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 11 – August 2013

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Auch im Mittelpunkt dieser Kreistagssitzung am 28.8. stand die Fusion mit dem Kreis Osterode. Also wieder einmal eine historische Kreistagssitzung - so sehen es zumindest der Landrat Bernhard Reuter und seine Mehrheitsgruppe.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
tel 05 51-525 108
fax 05 51-525 803
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

TOP 8 - Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode

Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages und eines Entschuldungshilfevertrages (Zukunftsvertrag)

Die Fusion der beiden Landkreise wird nun allmählich in Stein gemeißelt, auch wenn dieser brüchig ist. Die sachliche Argumentation des Landrates, der Fraktionsvorsitzenden Jörg Wieland (SPD) und Martin Worbes (Grüne) beschränkte sich nahezu völlig auf die vom Land Niedersachsen zugesagten ca. 80 Millionen Euro Entschuldungshilfe. Irgendeine Form von positivem Gestaltungswillen war dagegen nur sehr schwer auszumachen. Lediglich Worbes nannte als Beispiele eine Verbesserung der Breitbandversorgung und den Radwegbau. - Dafür also eine Fusion?

Eckhard Fascher erneuerte für DIE LINKE die Kritik an dem Projekt: Die Finanzbeziehung zwischen Stadt und Landkreis Göttingen sei nach wie vor ungeklärt, zudem handele es sich bei der Kritik von Seiten der Stadt um einen Gesamtstandpunkt über alle Parteigrenzen hinweg.

Weiterhin werde es für den fusionierten Landkreis deutlich schwerer werden, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen, da die Entschuldungshilfe, wie auch Harald Noack (CDU) ausführte, nur ein einmaliges Strohfeuer sei.

Die Kritik von Fascher, dass im zukünftigen Kreistag viele kleinere Orte überhaupt nicht mehr repräsentiert sein werden, stieß bei der Mehrheitsgruppe auf völlige Gleichgültigkeit.

Auch die Kritik der Opposition an der fehlenden Bürgerbeteiligung wurde zurück gewiesen. Da die Bürger_innen das Thema nicht allzu sehr interessiere, müssten eben in einer repräsentativen Demokratie derartige Entscheidungen von den gewählten Politikern getroffen werden sollten und nicht direkt von den Bürgern. Damit wurde auch der Widerstand gegen die Fusion im Kreis Osterode ignoriert. Ein wirkliches Interesse an der Beteiligung der Bürger sieht anders aus. Dies ist kein guter Start für den neuen Landkreis, dessen Bildung mit der Mehrheit aus SPD und Grünen beschlossen wurde.

TOP 11 - Überwachung der Privatsphäre durch internationale Datensammler

In dem Antrag von SPD und Grünen, der von der LINKEN vollständig mitgetragen wurde, ging es aus aktuellem Anlass um die Forderung, die bestehende Massenüberwachung sofort zu beenden sowie u.a. die Gewährung von Asyl für Edward Snowden in Deutschland.

Wie immer bei derartigen Resolutionen wurde aus den Reihen der CDU kritisiert, sich im Kreistag überhaupt mit diesem Problem zu beschäftigen. Daher beantragte die CDU „Nichtbefassung“, wobei auch der Pirat diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmte! An der Debatte über dieses originäre Piratenthema beteiligte sich der Pirat dann folgerichtig gar nicht und verließ für die Dauer der Abstimmung den Sitzungssaal.

Für die rot-grüne Gruppe erläuterte N. Hasselmann den Antrag, dessen Begründung Eckhard Fascher für die LINKE teilte: Von der NSA-Spionage sei jeder Bürger unseres Kreises – wie alle Weltbürger – betroffen. Es geht dabei auch um den Schutz der Daten des Landkreises, für die dieser Vorsorge treffen müsse.

Harm Adam (CDU) beklagte dagegen den „Anti-Amerikanismus“, der in der Resolution unterschwellig vorhanden sei und forderte „Schuster bleib bei deinen Leisten“. Dass diese Forderung gerade umgekehrt an die US-Amerikanische Regierung zu richten wäre, kommt bei CDU + FDP natürlich niemandem in den Sinn.

TOP 15 - Schulentwicklungs-Gutachten

Einstimmig verabschiedete der Kreistag dass die Firma Biregio, die bereits ein Gutachten zur Schulsituation in der Stadt Göttingen erstellt hatte, auch ein solches für die Sekundarschulen des Landkreises anfertigt, wobei es vor allem um die Berücksichtigung des Elternwillens geht. In der Debatte wurde deutlich, dass die von der LINKEN favorisierte Entwicklung zur Schaffung neuer Integrierter Gesamtschulen allmählich Gestalt annimmt.

So wurde auch seitens der rot-grünen Gruppe angekündigt, neue Integrierte Gesamtschulen schaffen zu wollen, zunächst vorzugsweise im Westen des Landkreises, möglicherweise als Doppelstandort Adelebsen / Dransfeld.

Von der CDU wurde natürlich ein anderer Standpunkt vertreten. Das gegliederte Schulsystem wurde tatsächlich lobend mit dem Terminus "Vielfalt" belegt. Nach Meinung der LINKEN werden dagegen nicht nur Realschule und Hauptschule, sondern auch das Gymnasium langfristig verschwinden. "Vielfalt" im Sinne sozialer Auslese ist nicht das, was wir uns wünschen.

► Erfolgreicher Bundestagswahlkampf



Am Abend der Bundestagswahl haben Viele von uns nicht nur wegen des respektablen Ergebnisses aufgetatmet. Seit dem Ende der Sommerferien am 8. August bis zum Wahlsonntag liegen mehr als sechs Wochen intensiver Wahlkampf hinter uns.

Der ganze Landkreis musste plakatiert werden. Wahlzeitungen, Bürgerbriefe und Flyer zu unserem Bundestagskandidaten Gerd Nier wurden in hoher Auflage im größten Teil Göttingens und Hann. Mündens sowie den Hochhaussiedlungen von Rosdorf und Bovenden verteilt. Was andere Parteien bezahlen oder durch Postwurfsendungen erledigen lassen, wird durch uns selbst bewältigt.

Wie üblich wurden mindestens einmal wöchentlich Stände in der Göttinger Innenstadt abgehalten, in den letzten Wochen nicht nur samstags, sondern auch an weiteren Wochentagen. Hinzu kamen wöchentliche Infostände in Hann. Münden und mehrere Stände in Duderstadt, Dransfeld, Bovenden und Rosdorf. Die Resonanz war überwiegend positiv, man spürte unseren erneuten Aufschwung in der Wählergunst.

Höhepunkte unseres Wahlkampfes waren zweifellos der musikalische Auftritt von unserem niedersächsischen Spitzenkandidaten Diether Dehm und Pablo Ardoin Shand, begleitet von Gerd Nier am 29.8. und die Kundgebung mit Sarah Wagenknecht am 14.9. Über Diethers

Auftritt wurde durchaus wohlwollend auch im NDR berichtet, Stimmung und Musik waren gut, mit den von Diether selbst verfassten Liedern wie „Monopoly“ oder „Das weiche Wasser bricht den Stein“ stimmte auch die politische Aussage. Ein Passant sang mit und trat spontan ein.

Ungewohnterweise fanden wir Göttinger LINKEN uns dann bei Extra 3 am 18.9. wieder. Auch wenn in dieser von vielen von uns sehr geschätzten Satiresendung wenig schmeichelhaft mit Diether umgegangen wurde, zeigt auch dies, dass unsere Partei wieder ernster und wichtiger genommen wird.

An dem wolkenreichen 14. September kam mit Sarah die Sonne. Der Jacobi-Kirchhof war voller Menschen und Sarah glänzte wie gewohnt rhetorisch brillant in ihrer Kritik an der herrschenden Politik der letzten Jahrzehnte. So nahm sie das (Mini)Jobwunder aufs Korn und kritisierte, dass immer weniger Menschen von ihrer Arbeit und von ihrer Rente leben können. Zum jetzigen Wahlkampf meinte sie treffend: „Es ist doch einfach armselig, wenn man da nur noch über Deutschlandketten und Stindefinger diskutiert.“

Auch hier gab es gute Musik: Das Duo Svenja Emonds und Herbert Wegner hielt mit Modern Folk das Publikum bis zum Eintreffen von Sarah in guter Stimmung.

Das Wahlkampfteam möchte allen aktiven Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für Euren unermüdlichen Einsatz danken.

Dem Schreiber dieser Zeilen ist es ferner wichtig, auch das Wahlkampfteam für die Organisation des engagierten und guten Wahlkampfes sowie Gerd Nier als Direktkandidaten für seinen unermüdlichen Einsatz zu loben. Gerd hat zahlreiche Podiumsdiskussionen stets mit überzeugenden Redebeiträgen bestritten sowie sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger bei zahlreichen Infoständen und in einer wöchentlichen Sprechstunde und an zahlreichen Ständen gestellt. Leider hat es (noch) nicht mit dem Direktmandat geklappt, verdient hätte das nicht nur Gerd, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger.



► Für den ehemaligen Leiter des nieders. Verfassungsschutz, Wargel, war die freie Presse und eine freie Berichterstattung offensichtlich staatsgefährdend.

Wir kennen ihn aus Göttingen, er war hier berüchtigt für seinen Umgang mit AntifaschistInnen. Offensichtlich der richtige Mann für den ehem. Innenminister Schünemann, wo er seine rechtslastigen Neigungen beim Verfassungsschutz ausleben konnte:

Es war nämlich kein Einzelfall, dass der niedersächsische Verfassungsschutz den Journalisten Kai Budler vom Göttinger Stadtradio seit Jahren beobachtete und in seinen Akten führte. Unter den über 9.000 Personen – unter denen übrigens auch der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke, Gerd Nier – befinden sich mindestens sieben Journalisten/innen,

die dadurch aufgefallen sind, dass sie beispielsweise über Naziaufmärsche und extremistische Organisationen berichtet haben. Damit haben sie eigentlich nur das getan, was der Verfassungsschutz über Jahrzehnte ‚versäumt‘ hat, wie die NSU-Vorgänge beschämender Weise belegen.

Aber nicht nur beobachtet und gespeichert haben sie eine Vielzahl unbescholtener, kritischer Bürger/innen, sondern sogar bei Anfragen Aktenteile vernichtet, falsche Auskünfte gegeben und damit gezielte Vertuschung begangen.

Und dies alles ist erst das Ergebnis einer Stichprobe durch die neue Lei-

terin des Verfassungsschutzes Maren Brandenburger. Welchen Umfang von Verfassungs- und Gesetzesbrüchen die systematische Aufarbeitung der „Arbeit“ des Verfassungsschutzes zu tage fördern wird, ist noch gar nicht abzusehen.

Die grundgesetzlich verbriefte Pressefreiheit, die Persönlichkeitsrechte vieler Menschen wurden massiv verletzt. Jetzt müssen endlich Konsequenzen gezogen werden aus den permanenten Rechtsbrüchen des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Eine derartig staatsgefährdende Organisation brauchen wir nicht, sie gehört aufgelöst.

(gn)

► Prostituierte steigt aus.

Landkreis Göttingen: „selbst verschuldete“ finanzielle Notlage

Sie wurde wie viele Frauen aus Osteuropa nach Deutschland gelockt, um hier ein besseres Leben zu haben. Sie landete in der Prostitution. Letzter längerfristiger Arbeitsort war Göttingen.

Was die meisten von uns nicht wissen: Es gibt ein Bleiberecht für Europäerinnen in Deutschland, wenn sie mit Gewerbe-erlaubnis der Prostitution nachgehen. Eine Haushaltshalts-, Pflegehilfe oder anderweitig beschäftigte Arbeitssuchende aus Osteuropa erhalten z.B. eine solche Bleiberechtserlaubnis nicht.

Aber wehe, man steigt aus dem Gewerbe aus. Dann hat man nämlich

eine Beschäftigung selbst verschuldet aufgegeben und der Landkreis Göttingen verweigert jede finanzielle Hilfe nach dem SGB-II. Verlangt wird, dass die Frau nachweist, wie lange sie selbstständig als Prostituierte gearbeitet hat und dass sie ihre selbstständige Tätigkeit „unfreiwillig“ verloren hat.

Außerdem lag nach Ansicht des Landkreises bei der Frau eine Scheinselbstständigkeit vor, und für ein Angestelltenverhältnis hätte sie einer Erlaubnis bedurft, über die sie nicht verfügte. Entsprechend sind die „Zeiten der Tätigkeit nicht zu den Zeiten, die benötigt werden,

um im Falle der Erwerbslosigkeit Verbleiberecht (und damit Leistungen zu bekommen), hinzuzurechnen.“

Geht's denn noch? Wie menschenverachtend darf denn der Behördendschungel noch sein?

Kommentar: Unglaublich, wie unsere Bürokratie in manchen Situationen auf die bedrückenden Lebenslagen von Menschen reagiert. Und dann noch diese Doppelmoral, die hier zum Ausdruck kommt.

(gn)

► Bilanz der WM 2010 in Südafrika

Die erste Fußball-Weltmeisterschaft auf afrikanischem Boden löste in der südafrikanischen Bevölkerung große Hoffnungen aus: Von wirtschaftlichem Aufschwung, Perspektiven und neuen Arbeitsplätzen war die Rede. Doch die Bilanz ist ernüchternd.

Die Kosten für den südafrikanischen Staat fielen um 1.709 Prozent (!) höher aus als geplant. Statt eines erwarteten Gewinns von 700 Millionen Franken resultierte für Südafrika ein Verlust von

2,8 Milliarden. Die Fifa hingegen nahm zusammen mit ihren Partnern über 3 Milliarden Franken ein. Sie fuhr den größten Gewinn ihrer Geschichte ein und steigerte die Einnahmen gegenüber der WM 2006 in Deutschland um 50 Prozent.

Unter den zehn gebauten oder erweiterten Stadien sind mindestens drei sogenannte „Weiße Elefanten“: Sie sind viel zu groß, als dass sie nach der WM jemals kostendeckend betrieben werden

könnten. Auf Druck der Fifa wurden sie trotz Einwänden des südafrikanischen Fußballverbands gebaut. Für diese und andere Infrastrukturbauten wurden laut Schätzungen der UNO ca. 20.000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Gegen 100.000 StraßenhändlerInnen verloren ihre Existenz.

Statt dass die Bevölkerung von der WM profitiert hätte, war sie von der Kürzung der Sozialabgaben betroffen, zu denen sich Südafrika nach den WM-Verlusten gezwungen sah.

Quelle: www.solidar.ch